

Ausgangslage:

Seit mindestens 2022 befindet sich die Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland und Europa in einer tiefen Krise, die 2023/2024 ihren Höhepunkt erreichte. Auslöser war ein massiver Betrug im Bereich der Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote), der die Wirksamkeit dieses Instruments zur CO₂-Reduktion erheblich beeinträchtigt hat. Der Wert der THG-Quote ist seit Anfang 2022 von rund 450 Euro pro Tonne CO₂ auf zeitweise unter 50 Euro im Jahr 2024 eingebrochen, was einem Rückgang von über 88 Prozent entspricht. Diese Entwicklung hat gravierende Folgen, da die THG-Quote das zentrale marktwirtschaftliche Instrument zur CO₂-Reduktion im Verkehrssektor darstellt.

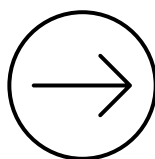
Dieser Preisverfall bremst dringend benötigte Investitionen in Schlüsseltechnologien. So ging beispielsweise das Investitionsvolumen in Elektromobilitätsprojekte im Jahr 2024 Schätzungen zufolge um bis zu 30 Prozent zurück, verglichen mit den ursprünglichen Erwartungen. Ähnlich betroffen sind Wasserstoffprojekte, bei denen sich die finalen Investitionsentscheidungen aufgrund der unsicheren Marktlage um durchschnittlich 6-12 Monate verzögern. Auch im Bereich E-Fuels und fortschrittliche Biokraftstoffe ist eine deutliche Zurückhaltung bei neuen Projekten zu beobachten.

Hauptursächlich für diesen dramatischen Absturz sind betrügerische Praktiken. Dazu gehört die Verbreitung gefälschter Nachweise für Upstream-Emissionsreduktionen (UER-Nachweise), insbesondere aus Asien, die den Markt mit illegalen Zertifikaten fluteten. Hinzu kommt das Problem gefälschter Biokraftstoffe, bei denen der Verdacht besteht, dass mehr als 50 Prozent der als nachhaltig deklarierten Palmölderivate in Wirklichkeit nicht den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen.

Diese Situation hat dramatische wirtschaftliche und ökologische Folgen. Unternehmen, die in die THG-Quote investiert haben oder auf deren Einnahmen angewiesen sind, erleiden massive finanzielle Schäden. Dies führt zu einem Stopp von Investitionen in nachhaltige Technologien und gefährdet die ambitionierten Ziele der Energiewende.

Die Marktunsicherheit bedroht den Energiestandort Deutschland, da innovative Unternehmen abwandern oder ihre Entwicklungsaktivitäten reduzieren. Bisherige Maßnahmen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) haben sich als unzureichend erwiesen. Es bedarf verstärkter Kontrollen entlang der gesamten Lieferkette, des Einsatzes moderner Technologien zur Betrugserkennung und einer dringenden Anpassung der Gesetzesgrundlagen, um diese kriminellen Aktivitäten effektiv zu unterbinden.

Wir erlauben uns, folgende Vorschläge für die Bereiche Betrugsprävention und Stabilisierung des Marktes zu unterbreiten.



Situation:

- Die Branche der erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa kämpft seit über zwei Jahren mit Betrug.
- Die Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote), ein entscheidendes Instrument zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Verkehr, ist drastisch eingebrochen.
- Dieser Einbruch gefährdet Investitionen in Elektromobilität, Wasserstoffprojekte und nachhaltige Biokraftstoffe.
- Die deutsche Aufsichtsbehörde BLE (Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung) hat nur begrenzte Möglichkeiten zur Durchsetzung von Kontrollen, auf Grund von fehlendem Personal und Daten, sowie rechtlicher Grundlagen für Kontrollen im Ausland.
- Bisherige Maßnahmen des BMUV haben ihre Wirkung verfehlt.

Problem:

- Gefälschte Nachweise (UER-Nachweise) und gefälschte Biokraftstoffe, insbesondere Palmöl, das fälschlicherweise als nachhaltige Alternative deklariert wird (POME, Food Waste, UCO), fluten den Markt.
- Der vollumfängliche Vertrauensschutz für Quotenverpflichtete führt zu mangelnder Sorgfalt bei der Lieferantenauswahl und zur Akzeptanz verdächtiger Ware.
- Es fehlt an effektiven Kontrollmechanismen auf EU- und nationaler Ebene, insbesondere bei der Umdeklarierung von Rohstoffen.
- Doppelte Anrechnung der umdeklarierten Rohstoffe, führt zu einer Förderung des Betruges.
- Die EU-Kommission kommt ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht nicht nach.

Lösung:

- Aussetzung des Vertrauensschutzes bei Betrugsverdacht, um die Sorgfaltspflicht der Marktteilnehmer zu stärken.
- Verpflichtende Vor-Ort-Audits bei Herstellern fortschrittlicher Biokraftstoffe, um die Umdeklarierung von Palmöl zu unterbinden.
- Registrierungspflicht von allen Händlern und Herstellern von fortschrittlichen Biokraftstoffen, die Ware in Deutschland verkaufen wollen.
- Anpassung der Biomasse-Code-Liste der BLE für fortschrittliche Kraftstoffe, und Aussetzung der POME-, und Food-Waste-Anrechnung, bis klare Kontrollverfahren festgelegt sind.
- Verpflichtende Rückstellmuster und Analysen bei allen Schifflieferungen von Biokraftstoffen.
- Aufnahme von Zertifikate-Betrug als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch.
- Schnellstmögliche Einführung strenger Betrugsbekämpfungsmaßnahmen vor der Umsetzung der REDIII-Richtlinie, sowohl auf Deutscher, als auch auf EU-Ebene.
- Den nicht erfolgten Klimaschutz nachholen.

Formulierungsvorschlag:

"Um den anhaltenden Betrug im Bereich der THG-Quote wirksam zu bekämpfen und die Integrität unseres Energiemarktes nachhaltig zu stärken, werden wir entschlossen handeln. **Als ersten Schritt** setzen wir den Vertrauensschutz bei begründetem Betrugsverdacht umgehend aus. **Parallel dazu** führen wir verpflichtende Vor-Ort-Audits bei Herstellern fortschrittlicher Biokraftstoffe ein, um die betrügerische Umdeklarierung von Palmöl konsequent zu unterbinden.

Weiterhin etablieren wir eine verbindliche Registrierungspflicht für alle Händler und Hersteller von Biokraftstoffen, die in Deutschland aktiv sind, um die Markttransparenz signifikant zu erhöhen. **Zudem** nehmen wir eine gezielte Anpassung der Biomasse-Code-Liste der BLE vor und setzen die Anrechnung von POME sowie Food-Waste aus, bis klare und verlässliche Kontrollverfahren entwickelt sind.

Darüber hinaus werden wir die Praxis verpflichtender Rückstellmuster und Analysen bei Schifflieferungen implementieren, um eine lückenlose Qualitätskontrolle zu gewährleisten. **Schließlich** verankern wir den Zertifikate-Betrug als eigenständigen Straftatbestand im Strafgesetzbuch, um ein deutliches Zeichen gegen betrügerische Praktiken zu setzen. **Schlussendlich** werden wir den durch den Betrug nicht erreichten Klimaschutz konsequent nachholen lassen.

Diese umfassenden Maßnahmen werden wir mit höchster Priorität und unverzüglich vor der Inkraftsetzung der REDIII-Richtlinie sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene realisieren. **Unser Ziel ist es**, einen fairen, transparenten und nachhaltigen Energiemarkt zu schaffen, der das Vertrauen der Verbraucher und Investoren gleichermaßen stärkt."

Situation:

- Die Umsetzung der RED III-Richtlinie in deutsches Recht steht an.
- Bestehende Investitionen und Arbeitsplätze in der Biomasseverarbeitung zu Flüssigkraftstoffen oder Biomethan sollen gesichert und neue Investitionen angereizt werden.
- Die THG-Quote hat sich grundsätzlich bewährt und könnte auf andere Sektoren übertragen werden.
- Seit Einführung werden die THG-Quoten-Ziele jährlich übererfüllt.

Problem:

- Mehrfachtanrechnungen in der aktuellen Regelung verfälschen die tatsächlichen THG-Einsparungen.
- Die aktuelle Begrenzung der Anbaubiomasse (iLUC-freies Cap) ist zu niedrig, um dem Anstieg der Hektarproduktivität gerecht zu werden.
- Es fehlt ein automatischer Anpassungsmechanismus bei Übererfüllung von Quoten, was zu bürokratischem Aufwand führt.
- Es fehlen langfristige Ziele über das Jahr 2030 hinaus, was zu einem Investitionsstau führt.

Lösung:

- Bei Rückkehr zu Betrachtung realer THG-Einsparungen ohne Mehrfachtanrechnungen bei Unterquoten und im Gegenzug Anhebung der Unterquote für fortschrittliche Biokraftstoffe sowie Einführung einer Unterquote für synthetische Kraftstoffe.
- Beibehaltung echter Technologieoffenheit, einschließlich der Anbaubiomasse, bei gleichzeitiger Anpassung des iLUC-freien Caps.
- Einführung eines automatischen Anpassungsmechanismus bei Übererfüllung von Quoten.
- Festlegung langfristiger THG-Quoten-Ziele bis 2040, um Investitionen zu fördern.

Formulierungsvorschlag:

Um die Energiewendeziele zu erreichen und Investitionen in der Biomasseverarbeitung zu sichern, werden wir im Rahmen der RED III-Umsetzung auf transparente THG-Einsparungen ohne Mehrfachtanrechnungen setzen und parallel separate Unterquoten für fortschrittliche Biokraftstoffe signifikant anheben und für synthetische Kraftstoffe einführen. Gleichzeitig fördern wir Technologieoffenheit, einschließlich der Anbaubiomasse, und passen das iLUC-freie Cap an die Hektarproduktivität an, um Landnutzungseffekte zu minimieren. Ein automatischer Anpassungsmechanismus bei Quotenübererfüllung reduziert Bürokratie und beschleunigt die Klimaneutralität. Langfristige THG-Quoten-Ziele bis 2040 schaffen Investitionssicherheit und fördern nachhaltige Technologien. So stärken wir die THG-Quote und ebnen den Weg für ihre Anwendung in weiteren Sektoren.

Diese Initiative wird getragen von:



